

01) CDU-Brinkhaus: "Brauchen wir einen neuen Lastenausgleich?"

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Ralph Brinkhaus, hat für den 23.06.2021 zu einer Videokonferenz zum Thema

„Brauchen wir einen neuen Lastenausgleich?“

eingeladen (Anhang 1). Er will das im Zusammenhang mit einer angeblichen Aussiedler- und Vertriebenenpolitik der Bundesrepublik Deutschland bringen, einer Politik, die sich im Wesentlichen dadurch auszeichnet, dass die zumeist unter CDU-Beteiligung stehenden Bundesregierungen ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung nicht nachgekommen sind, die Wiedergutmachung der an den Vertriebenen begangenen Menschenrechtsverbrechen von den Vertreiberstaaten einzufordern.

Stolz darauf braucht die Regierung wahrlich nicht zu sein.

Dafür hat sie deutsche Steuergelder für eine ganze Anzahl von Themen verwendet, deren Notwendigkeit in sehr vielen Fällen als unbegründet angesehen worden ist. Ein Beispiel davon habe ich in dem ebenfalls angehängten „Offenen Brief“ beschrieben.

Lesen Sie ihn und handeln Sie.

Mit freundlichen Grüßen
Karin Zimmermann
Am Hang 19
53819 Neunkirchen-Seelscheid
E-Mail: info@AVIADOC.de

Offener Brief

zum Thema „Brauchen wir einen neuen Lastenausgleich?“, das anl. einer Veranstaltung im Rahmen einer Videokonferenz diskutiert werden soll.

Sehr geehrte Damen und Herren,

als ich vor Jahresfrist meiner Ärztin (einer Grünen) erklärte, dass die Menge an Geld, die der Staat derzeit zum Fenster hinauswirft, wohl nur durch einen Lastenausgleich wieder „beschafft“ werden könne, hat die mich für verrückt erklärt. Sie hatte den Begriff „Lastenausgleich“ noch nie gehört. Sie vertraute auf die Zusicherung des SPD-Kanzlerkandidaten Scholz, die BRD habe in der Vergangenheit so gut gewirtschaftet, dass sie die Kosten der Pandemie leicht stemmen könne.

Nun ist es der Genosse Brinkhaus, der als erster die „Katze aus dem Sack“ lässt.

Wenn er die Frage stellt, ob wir ein neues Lastenausgleichsgesetz brauchen, kommt bei uns Alten, die das Gesetz und seine Auswirkungen miterlebt haben, der Verdacht auf, dass hier – wieder mal – die „Blinden von der Farbe reden“:

Im Anfang der 50^{er} Jahre hatte die „junge Bundesrepublik“ Deutschland 15 Millionen vertriebener Deutscher vor dem Verhungern zu bewahren. Dass diese Vertreibung unter Bruch der elementaren Grundsätze des Völkerrechtes von den Siegermächten Polen, Tschechien, Russland und anderen erfolgt war, **hatte sie nicht zu verantworten.**

Die heutige, „alte Bundesrepublik“ **hat ihre Geldnot aber weitgehend selbst zu verantworten. Nur ein Beispiel:**

- Sie lässt - noch immer - unkontrolliert ungezählte, zumeist junge Männer ins Land,
- die vor dem Überschreiten der Grenze ihre Ausweise weggeworfen haben,
- die behaupten, sie seien in ihrer Heimat an Leib und Leben gefährdet - ein Land, das sie aber gelegentlich (sehr freiwillig) per Flugzeug aufsuchen, um dort Urlaub zu verbringen,
- die hier üppige Sozialleistungen genießen, die von deutschen Steuerzahlern aufgebracht werden.
- Sie hat auch zu verantworten, dass hunderttausende von denen nicht wieder nach Hause geschickt werden, obwohl deren Asylantrag letztinstanzlich abgelehnt worden ist.
- Sie schickt sie auch dann nicht nach Hause, wenn sie hier durch das Begehen von Verbrechen aufgefallen sind.

Wenn diese alte – meist unter CDU-Einfluss stehende – Bundesrepublik jetzt vor der Pleite steht, **hat sie das aber selbst zu verantworten.**

Genau diese Partei ist es, deren Fraktionsvorsitzender nun nach „Lastenausgleich“ ruft, um die seit Jahren auf der Hand liegende Verschwendungssucht seiner Regierung zu vertuschen.

Sehr geehrter Herr Brinkhaus, merken sie sich:

Das Thema „Lastenausgleich“ ist seit drei Generationen Geschichte.

Das Gesetz über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz, LAG) vom 14.08.1952 hatte zum Ziel, den Deutschen, die infolge des Zweiten Weltkrieges und seiner Nachwirkungen Vermögensschäden oder besondere andere Nachteile erlitten hatten, eine finanzielle Starthilfe im eigenen Land zu gewähren.¹

¹ <https://de.wikipedia.org/wiki/Lastenausgleichsgesetz>.

In der Präambel des LAG kann man lesen:

„In Anerkennung des Anspruchs der durch den Krieg und seine Folgen besonders betroffenen Bevölkerungsteile auf einen die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit und die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten berücksichtigenden Ausgleich von Lasten und auf die zur Eingliederung der Geschädigten notwendige Hilfe sowie

unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, dass die Gewährung und Annahme von Leistungen **keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen und Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens** bedeutet,

und unter dem weiteren ausdrücklichen Vorbehalt, dass die Gewährung und Annahme von Leistungen für Schäden im Sinne des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes weder die Vermögensrechte des Geschädigten berühren noch einen Verzicht auf die Wiederherstellung der unbeschränkten Vermögensrechte oder auf Ersatzleistung enthalten,

hat der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates das nachstehende Gesetz beschlossen:.....

Es geht also um Krieg und die Beseitigung der Nachkriegsfolgen von 15 Millionen deutscher Staatsbürger, die – ohne dass sie sich irgendetwas haben zuschulden kommen lassen – von fremden Truppen von Haus und Hof davongejagt, und von einer auf die andere Stunde vor dem „Nichts“ standen.

Natürlich war damals das dafür notwendige Geld im Staatshaushalt nicht vorhanden. „Woher nehmen und nicht stehlen.“² Höhere Steuern waren keine Lösung: **Also hat man denjenigen Bürgern, die in irgendeiner Weise über Eigentum verfügten, dieses „weggenommen“.** „Weggenommen“ in der Art und Weise – so kenne ich es – dass etwa dem Bauern, der über ein Bauernhaus und Äcker verfügte, die Hälfte des Einheitswertes seines Betriebes als Schuld ins Grundbuch eingetragen wurde. Diese Schuld hatte er dann im Laufe der nächsten 25 Jahre wieder zurückzuzahlen. Er musste – auf gut deutsch – sein Eigentum wieder zurückkaufen.

Außer dass der Staat in seiner heutigen Verschwendungssucht über kein Geld mehr verfügt, liegt aber ein Fall, der einen Vermögensentzug der Besitzenden zur Folge hat, auch nicht im Entferntesten vor.

Als der damalige Finanzminister Eichel im Jahr 1995 gefragt wurde, wie er den die gigantischen Schulden bezahlen wolle, die die BRD schon damals hatte, lautete seine Antwort sinngemäß: „Sie müssen sich das als Gelände vorstellen. Da gibt es Berge und da gibt es Täler. Nun verschiebt man die Berge in die Täler und das Problem ist erledigt.“³

² Stehlen ist wohl nicht der richtige Begriff, denn - so sagt es der DUDEN – ist stehlen etwas, was einem nicht gehört, **heimlich, unbemerkt an sich nehmen**, in seinen Besitz bringen. Der Entzug des Eigentums war aber keineswegs heimlich und unbemerkt.

³ So war es nach meiner Erinnerung.

Genau so sehe ich den (mehr dilettantischen) Versuch des CDU-Fraktionschefs, unter der Bezeichnung „Lastenausgleich“ erneut an das Geld derjenigen Leute zu kommen, die welches haben. Sei es in Form von Bargeld, in Form von Aktien oder in Form eines Einfamilienhäuschens, das sie sich in Kenntnis der miserablen Renten, die sie zu erwarten haben, vom Mund abgespart haben. Ganz einfach ausgedrückt: Wer was hat, bekommt es weggenommen. So einfach sieht das nach meiner Vermutung aus.

Wozu **Eckhard Pols MdB**, der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag die Einladung mitunterschrieben hat? Vermutlich soll nur irgendein Bezug zu uns Vertriebenen in die Diskussion einfließen.⁴

Liebe Leute – **damit bin ich am Schluss meines „Offenen Briefes“:**

Liebe Politiker, liebe Chefredakteure, liebe Journalisten, liebe Ärzte, Handwerker und ihr lieben Angestellten, Beamten, Soldaten, usw.: Wenn Ihr jetzt nicht aufpasst, ist euer Erspartes (zu einem großen Teil) weg. Weg, um die Verschwendungssucht der Regierung fortsetzen zu können.

Macht da nicht mit. Stoppt das Ganze. Wehrt Euch.

Am 26. September dieses Jahres ist eine gute Gelegenheit dazu.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Zimmermann
Am Hang 19
53819 Neunkirchen-Seelscheid
E-Mail: info@Aviadoc.de
(parteilos)
(12.06.2021)

From: [Einladung - CDU/CSU-Bundestagsfraktion](#)

Sent: Monday, June 07, 2021 1:13 PM

To: [Einladung - CDU/CSU-Bundestagsfraktion](#)

Subject: Einladung | Fachgespräch digital | Bilanz der Aussiedler- und Vertriebenenpolitik: Brauchen wir einen neuen Lastenausgleich? | 23. Juni 2021



Fachgespräch digital:
Bilanz der Aussiedler- und Vertriebenenpolitik

Sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland diskutiert Strategien zur wirtschaftlichen Bewältigung der Corona-Pandemie – der größten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg – **und dabei steht auch die Forderung nach einem neuen Lastenausgleich im Raum.**

Die Aufnahme der Aussiedler und Heimatvertriebenen nimmt innerhalb der Kriegsfolgenbewältigung der Bundesrepublik Deutschland eine Sonderstellung ein. Die Integration von über 16 Millionen Deutschen stellt eine der größten Leistungen unserer Nachkriegsgeschichte dar. Dabei war das Lastenausgleichsgesetz von zentraler Bedeutung, das sich zu einem umfassenden Eingliederungs- und Entschädigungsprogramm entwickelte. Das Bundesausgleichsamt existiert bis heute.

Wir wollen in diesem wichtigen Bereich der Heimatpolitik eine Bilanz ziehen und angesichts des anstehenden Reformjahrzehnts in Bund und Ländern die notwendige Staatsmodernisierung und die Bedeutung historischer Vorbilder diskutieren.

Zu dieser Veranstaltung im Rahmen einer Videokonferenz laden wir Sie herzlich ein für

Mittwoch, den 23. Juni 2021, von 14.30 bis 16.00 Uhr.

Über Ihre Teilnahme würden wir uns freuen. Gerne können Sie die Einladung an andere Interessierte weiterleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Ralph Brinkhaus MdB

Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Eckhard Pols MdB

Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Programm

- 14.30 Uhr Begrüßung
Eckhard Pols MdB
Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
- 14.35 Uhr Einführung
Thorsten Frei MdB
Stellvertretender Vorsitzender
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
- 14.40 Uhr Grußwort
Ralph Brinkhaus MdB
Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Seite xx zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 792 vom 17.06.2021
- 14.45 Uhr Videogrußbotschaft
Dr. Angela Merkel MdB
Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland
- 14.55 Uhr Impuls
Prof. Dr. Bernd Fabritius MdB
Beauftragter der Bundesregierung
für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten
- 15.05 Uhr Diskussion
Brauchen wir einen neuen Lastenausgleich? Heimatpolitik und Reformen in Deutschland
Prof. Dr. Michael Hüther
Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln
Nina Warken MdB
Integrationsbeauftragte
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Thomas Heilmann MdB
Mitglied u.a. des Parlamentarischen Begleitgremiums Covid-19-Pandemie und Autor des Buches „NEUSTAAT. Politik und Staat müssen sich ändern „
Heiko Hendriks
Beauftragter der nordrhein-westfälischen Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern
Moderation
Karoline Gil

Bereichsleiterin Integration & Medien am Institut für Auslandsbeziehungen und YouTuberin

15.55 Uhr Ausblick

Stephan Mayer MdB

Parlamentarischer Staatssekretär

im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Anmeldung

Anmeldung

Bitte melden Sie sich bis zum **21. Juni 2021** unter www.cdusu.de/veranstaltungen oder direkt hier an:

Vielen Dank! Bei der Anmeldung ist die Angabe einer E-Mail-Adresse unbedingt erforderlich, damit wir Ihnen einige Tage vor dem Konferenztermin die Zugangsdaten zur Videokonferenz per E-Mail zusenden können.

Technische und organisatorische Hinweise

- Anmeldung unter www.cdusu.de/veranstaltungen bis zum **Montag, 21. Juni 2021**.
- **Veranstaltungsformat:** Die Veranstaltung findet als **Videokonferenz** von Ihrem PC, Laptop, Smartphone o.ä. statt.
- **Technische Voraussetzungen:** Zur Teilnahme an der Videokonferenz benötigen Sie das **Programm „Cisco Webex Meetings“**. Sollten Sie „Cisco Webex Meetings“ noch nicht installiert haben, können Sie es unter folgenden Links herunterladen:

iPhone/iPad (iOS): <https://apps.apple.com/de/app/cisco-webex-meetings/id298844386/?platform=ipad>

Smartphone (Android): <https://play.google.com/store/apps/details?id=com.cisco.webex.meetings&hl=de>

Computer: <https://www.webex.com/de/downloads.html>

- **Einschaltzeit:** Ab **14.15 Uhr**. Die Konferenz ist bereits 15 Minuten vor Beginn zugänglich. Bitte installieren Sie die notwendige Software vorab und schalten Sie sich rechtzeitig zu.
- **Zugangsdaten: Meeting-Kennnummer und Passwort übersenden wir Ihnen zeitnah zum Veranstaltungstermin in einer gesonderten E-Mail an die von Ihnen bei der Anmeldung angegebene E-Mail-Adresse.**
- **Koordination und Planung:** Heike Brehmer MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.
- **Fachliche Vorbereitung:** Sven Oole, Geschäftsführer der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag; T 030.227-51989.
- **Pressebetreuung:** Pressestelle der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag; T 030.227-53015.

- **Organisation und technischer Support:** Katrin Steinbach und Judith Gaida, Innerer Dienst der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag; T 030.227-51288.
- **Datenschutz:** Es gelten die allgemeinen [Datenschutzhinweise](#). Mit der Anmeldung bestätige ich, dass ich die Datenschutzhinweise zur Kenntnis genommen habe.
- **Foto und Videoaufnahmen:** Im Rahmen der Veranstaltung werden Fotos und Filme zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit sowie zur internen und externen Dokumentation der Veranstaltung gemacht und verwertet.